



Karl-Heinz Florenz

Mitglied des Europäischen Parlaments
Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit

EU-Kommunal

Nr. 3/2016

vom 01.03.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Informationsdienst EU-Kommunal möchte ich Sie regelmäßig über alle wichtigen Ereignisse und Neuigkeiten aus und über die Europäische Union informieren. Im Mittelpunkt stehen dabei die Informationen, die für Sie vor Ort in den Städten und Gemeinden in Deutschland unmittelbar relevant sind. Dazu gehören neue Förderprogramme genauso wie Gesetzgebungsvorhaben oder neue Informationsangebote im Internet.

Da dieser Newsletter nur einen Überblick über die vielfältigen Themen bieten kann, sind den einzelnen Nachrichten Links zu ausführlicheren Informationen im Internet beigefügt. Ich hoffe Ihnen so einen möglichst unkomplizierten Zugang zu den für Sie relevanten Neuigkeiten aus der EU bieten zu können.

Über Anregungen, Kritik oder positive Rückmeldungen würde ich mich freuen.

Mit den besten Wünschen

Karl-Heinz Florenz MdEP

Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit, Lebensmittelsicherheit

Groß Opholt
47506 Neukirchen-Vluyn
Tel: 02845 77171
Fax: 02845 10995

Europäisches Parlament
ASP 14 E 240/242
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel: 0032-22845320
Fax: 0032-22849320

www.karl-heinz-florenz.de

www.facebook.com/khflorenz

Für den eiligen Leser

1. **Woche des Sports 2016** - In diesem Jahr findet die Woche des Sports vom 10. bis 17. September statt.
2. **Energieversorgung/Winterpaket 2016** - Die Kommission hat am 15.2.2016 das angekündigte Winterpaket zur Sicherung der Energieversorgung vorgelegt.
3. **Gaslieferverträge** - In Krisenfällen soll die Gasversorgung durch zwischenstaatliche Solidarverträge besser abgesichert werden.
4. **Flüssigerdgas (LNG)** - Der Zugang aller Mitgliedstaaten zu LNG als alternative Gasversorgungsquelle soll gesichert und verbessert werden.
5. **Wärme- und Kälteerzeugung** - Die Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden und in der Industrie sollen optimiert werden.
6. **Energieimporte** - Europa importiert über die Hälfte seiner Energie.
7. **Erneuerbare** – 2014 ist in der EU der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch auf 16% gestiegen.
8. **Strompreisvergleich** - Deutschland hat im EU-Vergleich mit die höchsten Strompreise.
9. **Bioenergiepolitik** - Die Kommission arbeitet an einer Vorlage zur nachhaltigen Bioenergiepolitik.
10. **Müllheizkraftwerke** - Für die Behandlung von nicht recyclebaren Abfällen haben Müllheizkraftwerke große Bedeutung.
11. **Luftfahrt/Umweltbericht** - Die Zahl der Flüge werden sich in der EU bis 2035 deutlich erhöhen.
12. **CO₂-Grenzwerte im Luftverkehr** - Erstmals gibt es CO₂-Grenzwerte für Flugzeuge,
13. **Pkw-Abgastests** - Ab 2017 werden die Abgaswerte von Dieselfahrzeugen unter Realbedingungen auf der Straße gemessen.
14. **Biodiversitätsstrategie** - Das Parlament fordert, dass der Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie eine höhere politische Priorität eingeräumt wird.
15. **Hochwassermanagement** - Auenlandschaften an den Flussläufen spielen eine wichtige Rolle bei der Verringerung von Hochwasserrisiken.
16. **Terrorismusfinanzierung** - Die Kommission hat einen Aktionsplan zur intensiveren Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung vorgelegt.
17. **Unternehmergeist** - In den Schulen soll die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen gelehrt und gefördert werden.
18. **Schlüsseltechnologien für KMU** - Es gibt eine Karte mit 187 Forschungseinrichtungen und Dienstleistern aus der gesamten EU.
19. **Mobilfunkstandard „5G“** - In Europa soll ein schnellerer Mobilfunkstandard eingeführt werden.
20. **Medizinisches Korps** - Ein Medizinisches Korps soll eine schnelle und effizientere Reaktion der EU auf Gesundheitskrisen gewährleisten.
21. **Fahrgastrechte** - Die Qualität und Effizienz von Bahndienstleistungen soll weiter verbessert werden.
22. **Tierschutzplattform** - Der Dialog im Tierschutz soll auf europäischer Ebene durch eine Informationsplattform gestärkt werden.
23. **Illegaler Heimtierhandel** - Das Parlament fordert Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Heimtieren.
24. **Arbeitskräftemobilität** - Die Kommission hinterfragt das EURES Mobilitätsprogramm.

- 25. EURES/Datenbank** - Das Europäische Beschäftigungsnetz EURES soll um eine EU-weite Datenbank mit Stellengesuchen und Lebensläufen erweitert werden.
- 26. Europäischer Rechnungshof 2016** - Der EuRH hat das Arbeitsprogramm für 2016 veröffentlicht.
- 27. Steuerflucht** - Das Parlament hat das umfangreiche Maßnahmenpaket der Kommission gegen aggressive Steuerplanung und Steuerflucht begrüßt.
- 28. Vergabeleitfaden** - Es gibt einen Leitfaden für die Vergabe im Rahmen des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds.
- 29. RegioStars 2016** - Der Wettbewerb RegioStars 2016 ist eröffnet worden.
- 30. Open Days 2016/Neue Firmierung** - Die „Open Days“ firmieren in diesem Jahr erstmals unter „Europäische Woche der Städte und Regionen“.
- 31. Urban Innovative Actions** - Innovative und experimentelle Lösungen für städtische Probleme werden gefördert.
- 32. Frühjahrsputz 2016** - In der EU findet vom 6. bis 8. Mai 2016 eine Aufräumkampagne in Stadt und Natur statt.
- 33. Unternehmensförderpreis 2016** - Der Europäische Unternehmensförderpreis wird 2016 zum zehnten Mal vergeben.
- 34. Flüchtlinge und Asylsuchende/Onlinewegweiser** - Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat eine Sammlung von Online-Quellen kostenlos im Internet zur Verfügung gestellt.
- 35. Solarien** - Bis zum 31. März läuft ein Konsultationsverfahren zu den gesundheitlichen Risiken von (kosmetischen) Solarien.
- 36. Flüchtlingskrise-** Nachrichtenübersicht (Stand 26.2.2016)

1. Woche des Sports 2016

In diesem Jahr findet die Woche des Sports vom 10. bis 17. September statt, u.a. mit einer koordinierten Eröffnungsveranstaltung am 10.9. und einer Konferenz zur EU-Sportpolitik am 15.09.2016 in Brüssel. Für die Sportwoche stehen Fördermittel aus dem Programm „Erasmus+“ zur Verfügung. Unter der Marke #BEACTIVE können Werbematerialien angefordert werden. Für Deutschland ist als nationale Kontaktstelle der Deutsche Olympische Sportbund zuständig. Anmeldungen werden auf der Webseite der Kommission zur Europäischen Woche des Sports 2016 zeitnah möglich sein.

Die Woche des Sports geht auf einen Vorschlag des Parlaments zurück, das in einer Entschließung vom 2.2.2012 angeregt hatte, auf EU-Ebene jährlich einen „Europäischen Tag des Sports“ zu organisieren, um in diesem Rahmen die soziale und kulturelle Rolle des Breiten- und Leistungssports sowie der Nutzen des Sports für die öffentliche Gesundheit bekannt zu machen.

- Faktenblatt (z.Zt. nur Englisch) <http://bit.ly/1SGytkd>
- Leitlinien des Rats (Englisch) <http://bit.ly/1OkZTVe>
- Hintergrundinformationen (Englisch) <http://bit.ly/1MShza2>
- Registrierung (Englisch) <http://bit.ly/1NWZfPJ>
- Plenum vom 2.2.2012 <http://bit.ly/24gkx74>

2. Energieversorgung – Winterpaket 2016

Die Kommission hat am 15.2.2016 das angekündigte Winterpaket zur Sicherung der Energieversorgung vorgelegt. Es enthält eine breite Palette von Maßnahmen, mit denen die Krisenfestigkeit der EU bei Störungen der Gasversorgung erhöht werden soll; siehe nachfolgend unter Nr. 3 und 4. Ein zweiter Schwerpunkt ist eine Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung; siehe nachfolgend unter Nr. 5.

In dem Sommerpaket vom 15. Juli 2015 mit dem Schwerpunkt „Energieeffizienz an erster Stelle“ wurde die zentrale Rolle der Verbraucher bei der Umgestaltung des europäischen Energiesystems in den Mittelpunkt gestellt und Vorschläge zur Revision des Emissionshandelssystems vorgelegt. Als weitere Schwerpunkttinitiativen sind für 2016 u.a. Vorlagen zur Versorgungssicherheit Strom und erneuerbare Energien angekündigt worden.

- Winterpaket vom 15.2.2016 <http://bit.ly/20XSffQ> und <http://bit.ly/1XK04Ao>
- Sommerpaket 15.7.2015 <http://bit.ly/1JhtfSx>

3. Gaslieferverträge

In Krisenfällen soll die Gasversorgung durch zwischenstaatliche Solidarverträge besser abgesichert werden. Durch die Vereinbarung gegenseitiger Hilfe benachbarter Mitgliedstaaten wird Europa bei Störungen der Gaslieferung krisenfest und die Abhängigkeit von Drittstaaten gesenkt. Derzeit sind einige EU-Länder im Ostseeraum und in Ost-, Südost- und Südwesteuropa sehr anfällig für größere Störungen, weil sie in hohem Maße von einem einzigen Lieferland abhängig sind. Daher schlägt die Kommission im sog. „Winterpaket Energieversorgung“ u.a. vor, dass zwischen den Mitgliedstaaten ein Solidaritätsgrundsatz vereinbart wird, damit im schweren Krisenfall Nachbarländer aushelfen und die Versorgung der Privathaushalte und der Gesundheits-, Not- und Sicherheitsdienste gesichert werden. Zur Stärkung dieser Versorgungssicherheit in Krisenfällen sollen sich Nachbarländer in Regionalgruppen – Deutschland mit Polen, Tschechien und der Slowakei – zusammenschließen und gemeinsame Risikobewertungen, Präventions- und Notfallpläne erarbeiten.

Des Weiteren sollen zwischenstaatliche Gaslieferverträge, die von den Erdgasunternehmen abgeschlossen werden, automatisch der Kommission und den Mitgliedstaaten gemeldet werden. Der Kommission soll ein Recht zur Vorabprüfung eingeräumt werden, damit diese Verträge vor Abschluss auf ihre Vereinbarkeit mit den Regeln des Wettbewerbsrechts und des Energiebinnenmarktes geprüft werden können. Die Stellungnahme der Kommission muss vollständig berücksichtigt werden. Aber auch die Mitgliedstaaten sollen künftig keine zwischenstaatlichen Abkommen im Energiebereich unterzeichnen, bevor die Kommission ihre Stellungnahme hierzu abgegeben hat.

- Faktenblatt VO Sicherung der Gasversorgung <http://bit.ly/1PYPLqy>
- Faktenblatt Zwischenstaatliche Abkommen <http://bit.ly/1Sv1Rdk>
- Winterpaket vom 15.2.2016 <http://bit.ly/20XSffQ>

4. Flüssigerdgas (LNG)

Der Zugang aller Mitgliedstaaten zu LNG als alternative Gasversorgungsquelle soll gesichert und verbessert werden. Die Speicherkapazitäten sind ungleichmäßig verteilt. Während Deutschland, Frankreich, Italien, und die Niederlande über große Speichereinrichtungen verfügen, können die ost- und südosteuropäischen Länder aufgrund geologischer Gegebenheiten nur geringe Speicherkapazitäten nutzen. Die zentralen Elemente der Strategie für Flüssigerdgas (LNG) und Gasspeicherung sind daher der Aufbau der strategisch wichtigen Infrastruktur (LNG-Terminals, Schiffe für die Speicherung und Rückvergasung) und die Ermittlung der Projekte, die erforderlich sind, um die Abhängigkeit einiger der Mitgliedstaaten von einer einzigen Versorgungsquelle zu beenden.

Gas spielt bei der Umstellung auf eine Wirtschaft mit geringen CO₂-Emissionen eine zentrale Rolle und ist eine wichtige Komponente im Energiemix der EU, die weltweit der größte Importeur von Erdgas ist. Entsprechend ist auch die von der Kommission vorgeschlagene Strategie für Flüssigerdgas (LNG) und Gasspeicherung von herausragender Bedeutung in dem am 15.2.2016 von der Kommission vorgelegten „Winterpaket Energieversorgung“. Weniger als die Hälfte des Gasbedarfs der EU wird derzeit durch die heimische Förderung gedeckt. Der Rest wird eingeführt, hauptsächlich aus Norwegen (30 %), Russland (39 %) und Algerien (13 %). Allerdings werden die weltweiten Verflüssigungskapazitäten massiv ansteigen, da in den nächsten Jahren neue Anlagen in den USA und Australien in Betrieb genommen werden.

LNG ist Erdgas (überwiegend Methan), das verflüssigt wurde, um die Speicherung oder den Transport zu erleichtern. Der Verflüssigungsprozess besteht in der Herunterkühlung des Gases auf etwa -162 °C und der Entfernung bestimmter Verunreinigungen, wie Staub und Kohlendioxid. Im flüssigen Zustand weist LNG nur etwa ein Sechshundertstel des Volumens von Gas unter normalem atmosphärischem Druck auf. Dadurch kann das Gas über große Entfernungen hinweg ohne Rohrleitungen befördert werden – meist auf speziell hierfür ausgelegten Schiffen oder in Straßentankwagen. Bei der Ankunft am Bestimmungsort wird es wieder in Gas umgewandelt und genau wie Gas aus Rohrleitungen über Gasnetze verteilt. LNG wird auch zunehmend als alternativer Kraftstoff für Schiffe und Lkw eingesetzt

- Faktenblatt Flüssigerdgas/Gasspeicherung <http://bit.ly/1Sv1T4W>
- Winterpaket vom 15.2.2016 <http://bit.ly/20XSffQ>

5. Wärme- und Kälteerzeugung

Die Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden und in der Industrie sollen optimiert werden. Das ist ein Schwerpunkt der von der Kommission am 15.2.2016 im Rahmen des sog. „Winterpakets Energieversorgung“ veröffentlichten EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung. Danach sollen durch folgende Maßnahmen die Energieverluste im Gebäudebereich verringert, die Effizienz maximiert und der Anteil erneuerbarer Energien gesteigert werden:

1. Erleichterung der Gebäuderenovierung u.a. durch
 - moderne Heizungs- und Kühlungsanlagen, Dämmmaterialien und Beratung;
 - eine bessere Kostenverteilung, damit sowohl Mieter als auch Vermieter von Investitionen in die Renovierung von alten Gebäuden und Wohnungen profitieren oder veraltete Heizanlagen durch neue Anlagen ersetzt werden;
 - die Förderung bewährter Energieeffizienzmodelle für öffentliche Schulgebäude oder Krankenhäuser und
 - die Verbesserung der Zuverlässigkeit von Energieausweisen.
2. Anhebung des Anteils erneuerbarer Energien für die Wärme- und Kälteerzeugung (derzeit 18%)
 - in den Richtlinien über erneuerbare Energien und über die Energieeffizienz von Gebäuden,
 - sowie durch die Bereitstellung von Finanzmitteln für den Einsatz von Technologien auf der Basis erneuerbarer Energien aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds, dem EU-Programm für Forschung und Entwicklung „Horizont 2020“ und dem Integrierten Strategieplan für Energietechnologie.
3. Wiederverwendung von Abwärme und -kälte aus Industrieanlagen und Kraftwerken, die derzeit ungenutzt in die Luft und in Gewässer abgegeben werden. Dafür gibt es bereits eine Reihe von Lösungen, z.B.
 - direkte Einspeisung über Fernwärmenetze, wie z.B. in Schweden, wo in der Stadt Göteborg über 90 % aller Wohnblocks über ein 1000 km langes Fernwärmenetz mit Abwärme aus nahegelegenen Industrieanlagen (Raffinerien und Chemiefabriken), aus der Müllverbrennung und aus der Kraft-Wärme-Kopplung beheizt werden;
 - Kühlung über Kraft-Wärme-Kopplung und Absorptionskühler, die Wärme in Kälte umwandeln, die über ein Fernkältenetz an Gebäude geliefert werden könnte. Die Absorption ist ein Verfahren, bei dem Abwärme (z. B. aus der Abfallverbrennung und aus Raffinerien) in den Sommermonaten genutzt wird, um Wärme in Kälte umzuwandeln. Dies geschieht bereits in zahlreichen Fernkältesystemen wie z. B. in Wien, dessen Fernkältesystem im Sommer die in der KWK-Müllverbrennungsanlage anfallende Wärme zur Herstellung von Kälte nutzt.

Auf den Bereich der Wärme- und Kälteversorgung entfällt die Hälfte der insgesamt in der EU verbrauchten Energie. Zu 75 % werden dafür fossile Brennstoffe eingesetzt. Die Installationen sind überaltert; so haben z.B. fast 60% der Kohle- und 50% der Ölheizkessel ihre technische Lebensdauer überschritten, bei einer derzeitigen Renovierungsquote in Bestandsbauten von jährlich unter 1%.

- Pressemitteilung vom 15.2.2016 <http://bit.ly/20XSffQ>
- Faktenblatt 15.2.2016 <http://bit.ly/1QjuUtU>
- Webseite (Englisch) <http://bit.ly/1ozQrJ3>

6. Energieimporte

Europa importiert über die Hälfte seiner Energie. Die Importabhängigkeit der EU belief sich 2014 auf 53,4 % der insgesamt verbrauchten Energie und war damit höher als im Jahr 1990 und lag knapp unter dem im Jahr 2008 verzeichneten Höchstwert. Von den fünf Mitgliedstaaten, die die größten Mengen an Energie verbrauchen, waren England mit 45,5% (1990 2,4%) und Frankreich 46,1% (1990 52,4%) am wenigsten auf Energieimporte angewiesen, im Gegensatz zu Deutschland mit 61,4% (1990 46,5%), Spanien 72,9% (1990 63,1%) und Italien mit 75,9% (1990 84,7%). Die Energieabhängigkeitsquote gibt den Anteil der Energie an, den eine Volkswirtschaft einführen muss, um ihren Energiebedarf zu decken. Sie entspricht den Nettoenergieeinfuhren dividiert durch den Bruttoinlandsenergieverbrauch und wird in Prozent ausgedrückt.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1TnlhyA>
- Eurostat <http://bit.ly/20tOPD9>

7. Erneuerbare

2014 ist in der EU der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch auf 16% gestiegen. Nach den neusten Zahlen von Eurostat war damit der Anteil erneuerbarer Energien (in % des Bruttoendenergieverbrauchs) fast doppelt so hoch wie im Jahr 2004 (8,5%), dem ersten Jahr, für das Daten verfügbar sind. Im gleichen Zeitraum stieg in Deutschland der Anteil von 5,8 % auf 13,8 % im Jahr 2014 und wird damit das nationale Ziel von 18 % bis 2020 erreichen. Für jeden EU-Mitgliedstaat ist ein eigener Europa-2020-Zielwert festgelegt. Die nationalen Zielwerte für die Mitgliedstaaten berücksichtigen deren unterschiedliche Ausgangssituation, das Potenzial im Bereich erneuerbarer Energien und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Das Ziel für die EU ist, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 20% erneuerbarer Energien am Bruttoenergieendverbrauch zu erreichen. Der Rat hat sich inzwischen auf ein EU-Ziel von mindestens 27% bis 2030 geeinigt.

- Eurostat <http://bit.ly/1T7605T>

8. Strompreisvergleich

Deutschland hat im EU-Vergleich mit die höchsten Strompreise. 2015 kostete hier eine Kilowattstunde 29,51 Cent für die Endverbraucher (2005 17,85 Cent), übertroffen nur von Dänemark mit 30,68 Cent (2005 22,78 Cent), bei einem EU-Durchschnitt von 20,84 Cent (2005 13,36 Cent). Den Berechnungen liegt ein Haushaltsverbrauch mittlerer Größe mit einem Jahresverbrauch zwischen 2500 und 5000 kWh zugrunde. Grund für die große Preisdifferenz sind die Abgaben, Umlagen und Steuern, die in Deutschland 51,6% und in Dänemark 56,8 % des Strompreises betragen.

- Strompreisvergleich <http://bit.ly/1BorAHC>
- Steueranteil <http://bit.ly/1PCDVAY>

9. Bioenergiepolitik

Termin 10.5.2016

Die Kommission arbeitet an einer Vorlage zur nachhaltigen Bioenergiepolitik. Zur Vorbereitung sind Interessierte in einem Konsultationsverfahren aufgerufen, zu den Vorteilen und Chancen, aber auch zu den Risiken der Bioenergie Stellung zu nehmen. Die auf diesem Weg gesammelten Anregungen und Bedenken zur Erzeugung von Energie aus Biomasse sollen in eine Kommissionsvorlage zur nachhaltigen

Bioenergiepolitik einfließen, die 2016 im Rahmen des EU-Erneuerbare-Energien-Pakets für den Zeitraum von 2020 bis 2030 vorgelegt werden soll.

Diese Konsultation muss auch vor dem Hintergrund gesehen und gewichtet werden, dass nach einer Pressemitteilung des Umweltministeriums vom 3.2.2016 in Deutschland die Klimagase 2014 zwar deutlich gesunken sind, aber im Bereich Landwirtschaft die Emissionen um etwa 2,2 % gestiegen sind. Ursache ist u.a. die Vergärung von Energiepflanzen zur Energiegewinnung. Da die Bioenergie in der EU einen gewichtigen Anteil der produzierten erneuerbaren Energien ausmacht, ist die Einbettung der Bioenergie in den europäischen Klima- und Energierahmen bis 2030 von großer Bedeutung. Der Onlinefragebogen kann bis zum 10.Mai 2016 eingereicht werden.

- Konsultation (Englisch) <http://bit.ly/1Q8X8rc>
- Fragebogen (Englisch) <http://bit.ly/245faVK>
- Pressemitteilung vom 3.2.2016 <http://bit.ly/1S4DFyb>

10. Müllheizkraftwerke

Für die Behandlung von nicht recyclebaren Abfällen haben Müllheizkraftwerke große Bedeutung. In einem am 11.2.2016 veröffentlichten vorläufigen Fahrplan wird die Verstromung (Waste-to-Energy-Konzept) als die „beste Möglichkeit für die Behandlung von brennbaren, nicht recyclefähigen Abfällen“ bezeichnet. Die Kommission wird noch 2016 ein Konzept vorlegen, mit dem Klarheit bei der Auslegung bestehender EU-Rechtsvorschriften geschaffen werden soll, Dabei geht es auch um die Option, dass Länder mit unzureichenden Kapazitäten in der Abfallverbrennung, ihre nicht recyclebaren Abfälle in Länder mit Überkapazitäten transportieren können. Das ist einerseits eine sinnvolle Lösung für die Hälfte der Mitgliedstaaten, die noch immer mehr als 50% ihrer Siedlungsabfälle deponieren; andererseits könnten damit Überkapazitäten von Müllheizkraftwerken in anderen EU-Staaten besser ausgelastet werden.

- Fahrplan (Englisch) <http://bit.ly/1O9pfW2>

11. Luftfahrt – Umweltbericht

Die Zahl der Flüge wird sich in der EU bis 2035 deutlich erhöhen. Der von der Kommission veröffentlichte erste Umweltbericht zur Europäischen Luftfahrt ist u.a. in Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur und der Europäischen Luftfahrtsicherheitsagentur EASA erarbeitet worden. Der Bericht liefert Zahlen und Fakten zur Lärmbelastung, zu den Treibhausgasemissionen und zur Luftverschmutzung im europäischen Luftverkehr. Danach hat die Zahl der Flüge zwischen 1990 und 2014 um 80 % zugenommen und wird voraussichtlich bis 2035 um weitere 45 % ansteigen. Analog zur Steigerung der Flugzahlen stiegen auch die CO₂-Emissionen: von 1990 bis 2014 um 80 %. Der Ausstoß von Stickoxiden hat sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Bis 2035 wird eine weitere Steigerung der CO₂ Emissionen in Höhe von 45 % erwartet, der Stickoxide um 43 %.

Seit 2012 sind die Emissionen aller Flüge aus der und in die EU in das europäische Emissionshandelssystem einbezogen. Aufgrund technischer Verbesserungen, höherer Effizienz beim Luftfahrmanagement und der Wirtschaftskrise hatten die Emissionen und auch die Lärmbelastung 2014 den Stand von 2005 erreicht. Für die Zeit bis 2035 sagt der Bericht jedoch eine Steigerung der Lärmbelastung um 15 % voraus.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1Kx3cxT>
- Umweltbericht (Englisch, 84 Seiten) <http://bit.ly/1nTI7nR>

- Emissionshandel im Luftverkehr (Englisch) <http://bit.ly/1h6MNBI>

12. CO₂-Grenzwerte im Luftverkehr

Erstmals gibt es CO₂-Grenzwerte für Flugzeuge, die künftig zu mehr Treibstoffeffizienz führen sollen. Auf entsprechende CO₂-Standards hat sich der ICAO-Ausschuss für Luftfahrt und Umweltschutz (CAEP) am 9. Februar 2016 im kanadischen Montreal geeinigt. Mit dieser Vereinbarung werden sechsjährige internationale Verhandlungen abgeschlossen. Im September wird die Vereinbarung in die 39. ICAO-Versammlung eingebracht und voraussichtlich formell vom ICAO-Rat im Frühjahr 2017 verabschiedet. Der Umfang und der Zeitpunkt für die Anwendung der neuen Grenzwerte hängen vom Gewicht der Flugzeuge ab und davon, ob es sich um einen neuen Flugzeugtyp handelt oder ob sich das Flugzeug bereits in der Produktion befindet. Für große neue Flugzeugtypen wurde ein sehr ehrgeiziger Standard vereinbart, um Anreize für eine größere Kraftstoffeffizienz künftiger Flugzeugflotten zu schaffen. Für solche Flugzeugtypen soll die Norm ab 2020 gelten. Bis 2028 müssen auch die bestehenden Flugzeugtypen den neuen Standard einhalten. Im Zeitraum bis 2040 könnte der CO₂-Standard helfen, bis zu 650 Millionen Tonnen CO₂ einzusparen. Die Emissionen von Flugzeugen werden auf 2% der weltweiten CO₂-Emissionen geschätzt; es wird davon ausgegangen, dass sich die Zahl der Passagiere bis 2030 verdoppeln wird.

- Pressemitteilungen <http://bit.ly/20mpluS>
- und (Englisch) <http://bit.ly/1Ldhu17>
- ICAO (Englisch) <http://bit.ly/1PzYRq7>

13. Pkw-Abgastests

Ab 2017 werden die Abgaswerte von Dieselfahrzeugen unter Realbedingungen auf der Straße gemessen. Das Parlament hat am 3.2.2016 im Plenum eine Resolution abgelehnt, mit der der Umweltausschuss diese Regelung blockieren wollte. Die vom Umweltausschuss kritisierte Verordnung wurde aber vom Plenum akzeptiert. Diese Verordnung ist von Experten der 28 EU-Staaten erarbeitet worden. Danach sind für eine Übergangszeit Abweichungen von den gesetzlich vorgegebenen Abgaswerten zulässig. Allerdings werden die Schadstoffemissionen nicht mehr - wie bislang vorgeschrieben - nur im Labor, sondern auch im realen Fahrbetrieb auf der Straße gemessen. Im Verhältnis zu dem derzeit geltenden Messverfahren ist das im Ergebnis eine Regelverschärfung. Mit dem neuen Messverfahren wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Laborwerte von den realen Werten im Fahrbetrieb deutlich abweichen. Die Emissionen von Stickoxiden liegen bei Dieselfahrzeugen unter realen Fahrbedingungen im Schnitt 400 % über denen im Laborprüfzyklus. Die 1996 festgelegten Labortests können das Fahrverhalten ("Bleifuß") nicht berücksichtigen, das sich sehr stark auf den Verbrauch und folglich auf die Emissionen auswirkt. Gleiches gilt für modernen Fahrzeugkomfort, z.B. Klimaanlage und Navigationssysteme, die ebenfalls Einfluss auf den Spritverbrauch haben. Schadstoffemissionen aus dem realen Fahrbetrieb können mit neu zu entwickelnden Testmethoden gemessen werden, sog. „Real Driving Emission-Tests“, an denen auf europäischer Ebene seit 2012 gearbeitet wird. Bei diesem Testverfahren werden die Schadstoffemissionen mit transportablen Einrichtungen (PEMS) gemessen, die am Fahrzeug befestigt sind. Das portable Emissionsmesssystem ist ab 1.1.2016 für Überwachungszwecke im Einsatz, wird aber noch ohne Einfluss auf die Zulassung neuer Kfz-Modelle sein.

Das Parlament hat am 3.2.2016 mit knapper Mehrheit Grenzwerte akzeptiert, um die die Labor- und die RDE-Messergebnisse voneinander abweichen dürfen. Danach beträgt der Abweichungsfaktor (Konformitätsfaktor)

- 2,1 (+110 %) ab Januar 2017 für neue Modellbaureihen und ab Januar 2019
- für alle Neuwagen und
- 1,5 (+50 %) ab Januar 2020 für neue Modellbaureihen und ab Januar 2021 für alle Neuwagen.

Die EU ist die erste und einzige Region in der Welt, die solche soliden Testmethoden verbindlich macht. Vor der Abstimmung im Parlament erklärte die Kommission im Plenum, dass der Konformitätsfaktor so früh wie möglich, spätestens jedoch im Jahr 2023 auf 1 reduziert wird. Dann müssen die Grenzwerte unter allen Bedingungen auch wirklich eingehalten werden. Diese Zusage, sowie der am 27.1.2016 eingebrachte Vorschlag der Kommission für eine Reform der Typengenehmigung für neue Automodelle (siehe Eukn 2/2016/10), waren für die Mehrheit im Parlament ausschlaggebend, für eine Übergangszeit Abweichungen in dem vorgesehen Rahmen zu akzeptieren. Der Rat hat am 12.2.2016 den Tests zur Messung der Emissionen im praktischen Fahrbetrieb zugestimmt.

- Plenum 3.2.2016 <http://bit.ly/1Xfl6Wl>
- Fragen und Antworten <http://bit.ly/1FEQDh6>
- Rat vom 12.2.2016 <http://bit.ly/1QpACue>

14. Biodiversitätsstrategie

Das Parlament fordert, dass der Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie eine höhere politische Priorität eingeräumt wird. In einem am 2.2.2016 angenommenen Initiativbericht wird festgestellt, dass die Schwierigkeiten bei der Erreichung der Ziele der Naturschutzrichtlinien und der Strategie für die Erhaltung der biologischen Vielfalt nicht in den Rechtsvorschriften selbst liegen, sondern hauptsächlich in der unvollständigen und mangelhaften Umsetzung, Durchsetzung und Integration in andere Politikbereiche. Vor diesem Hintergrund fordert das Parlament u.a.

- eine EU-Kofinanzierung für die Bewirtschaftung der Natura-2000-Gebiete (26),
- gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Entwicklung einer Strategie für europäische Wildtierkorridore für ausgewählte Arten zu entwickeln (29),
- bis 2020 15 % der beschädigten Ökosysteme wiederherzustellen und die dafür im MFR zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch zu nehmen und Leitlinien zu erarbeiten, wie diese Mittel zu verwenden sind (31),
- Waldbewirtschaftungspläne in den Mitgliedstaaten zu erarbeiten und umzusetzen, die auf einen besseren Erhaltungszustand von Waldlebensräumen und im Wald vorkommenden Arten abzielen (46),
- Kriterien für eine sozial und ökologisch nachhaltige Erzeugung von Biomasse zu einem festen Bestandteil der Richtlinie über erneuerbare Energien zu machen (48; siehe auch vorstehend Nr. 9),
- Kriterien für eine nachhaltige Forstwirtschaft auszuarbeiten, um sicherzustellen, dass die Nutzung von Bioenergie nicht zum Klimawandel beiträgt oder zu einer Triebfeder für Landnahmen und Ernährungsunsicherheit wird (48),
- eine umfassende Liste invasiver gebietsfremder Arten zu erstellen, wobei diese Liste nicht auf eine bestimmte Anzahl von Arten beschränkt werden sollte (55).

In der Entschließung hat sich das Parlament ausdrücklich gegen eine Überarbeitung der Naturschutzrichtlinien ausgesprochen, da die Überarbeitung die Verwirklichung der Strategie für die biologische Vielfalt gefährden und zu lange andauernder

Rechtsunsicherheit führen würde. Erforderlich sei vielmehr, dass deren oftmals mangelhafte Umsetzung verbessert wird. Rat und Kommission werden vom Parlament aufgefordert, im Zweijahresrhythmus den aktuellen Stand bei der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, die Gründe für die Nichterreichung der Ziele sowie die Strategie für die zukünftige Einhaltung darzulegen.

- Plenum <http://bit.ly/1KZbXR4>
- Halbzeitbewertung <http://bit.ly/1OvaYbL>
- Initiativbericht <http://bit.ly/1Oo4FRL>

15. Hochwassermanagement

Auenlandschaften an den Flussläufen spielen eine wichtige Rolle bei der Verringerung von Hochwasserrisiken. Das belegt ein Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA), der sich nach Auswertung von Daten über 3563 Hochwässern mit der Rolle von Überschwemmungsgebieten im Hochwasserschutz, der Wasserwirtschaft und dem Naturschutz befasst. Der Bericht zeigt die Vorteile eines integrierten Ansatzes im Hochwassermanagement und argumentiert, dass eine koordinierte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), der Vogelschutz- und der Habitat-Richtlinie und der Hochwasserrichtlinie die Wirksamkeit von Hochwasserschutzmaßnahmen verbessern würde. Die Wiederherstellung gesunder Ökosysteme, z.B. durch die Natura-2000-Netzwerke, naturbasierte Lösungen und grüne Infrastruktur seien im Verhältnis zu klassischen Bauwerken der Wasserwirtschaft der kosteneffektivere Ansatz zur Verzögerung oder Vermeidung von Hochwasserrisiken.

- Pressemitteilung (Englisch) <http://bit.ly/1UfBXcZ>
- Bericht (Englisch, 84 Seiten) <http://bit.ly/1QC89Gy>

16. Terrorismusfinanzierung

Die Kommission hat einen Aktionsplan zur intensiveren Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung vorgelegt. Ziel ist es, Terroristen anhand von Geldbewegungen aufzuspüren und ihre legalen und illegalen Geldquellen abzuschneiden. Vorgeschlagen werden eine umfassende gemeinsame Definition des Tatbestands der Geldwäsche und die Festlegung gemeinsamer Sanktionen in der gesamten EU. Der Aktionsplan enthält weiterhin konkrete Vorschläge für eine Novelle der erst im Mai 2015 verabschiedeten vierten Geldwäscherichtlinie. Dabei geht es u.a. um die Einrichtung zentraler Bank- und Zahlungskontenregister, stärkere Befugnisse der Zentralstellen für Geldwäsche-Verdachtsanzeigen, leichtere und schnellere Informationsmöglichkeiten über Inhaber von Bankkonten und um strengere Sicherheitsvorkehrungen für Finanztransaktionen aus Hochrisikoländern. Schließlich sollen die Umtauschplattformen für virtuelle Währungen in den Geltungsbereich der Richtlinie gegen Geldwäsche einbezogen werden, damit diese Plattformen ihre Kunden im Zuge ihrer Sorgfaltspflichten kontrollieren müssen, wenn sie virtuelle Währungen in echte Währungen umtauschen. Damit wird der Anonymität solcher Transaktionen ein Ende gesetzt. Die in dem Aktionsplan aufgezeigten Maßnahmen sollen bis Ende 2017 umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang soll auch eine eigene EU-Regelung für die Sicherstellung von Vermögenswerten von Terroristen geprüft werden. Mit der Vorlage des Aktionsplans hat die Kommission die Mitgliedstaaten aufgefordert, die bereits am 20.05.2015 verabschiedete vierte Geldwäsche-Richtlinie bis spätestens Ende 2016 umzusetzen.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1KpidBR>
- Aktionsplan Mitteilung <http://bit.ly/1QI9egV>

- Aktionsplan Übersicht und Zeitplan <http://bit.ly/1UdmV7I>
- Fragen und Antworten (Englisch) <http://bit.ly/1SqB02k>

17. Unternehmergeist

In den Schulen soll die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen gelehrt und gefördert werden. Das erklärte die Kommission anlässlich der Veröffentlichung einer Studie des Eurydice-Bildungsnetzwerks. Deutschland wird von der Studie nicht erfasst. Nach der Studie gehört die Ausbildung von unternehmerischen Kompetenzen nur in sehr wenigen EU-Ländern zum schulischen Lehrplan. Diese Kompetenzen umfassen eine breite Palette von Fähigkeiten, um sich in einer ständig wandelnden Wirtschaft anzupassen. Dazu gehören nicht nur eine unternehmerische Denkweise, sondern Kreativität, Problemlösung, Teamarbeit, Sprachen und Kommunikation. Die Kommission fördert die Entwicklung unternehmerischer Fähigkeiten im Schulbereich, vor allem durch das Bildungsprogramm Erasmus+, das von 2014 bis 2020 450 000 Praktikumsmöglichkeiten bietet, die die Entwicklung dieser Fähigkeiten unterstützen.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1Q7X1gw>
- Studie (Englisch, 238 Seiten) <http://bit.ly/1Qt9pXF>
- Pressemitteilung (Englisch) <http://bit.ly/1Vznoj8>

18. Schlüsseltechnologien für KMU

Es gibt eine Karte mit 187 Forschungseinrichtungen und Dienstleistern aus der gesamten EU. Die vom Steinbeis-Europa-Zentrum im Auftrag der Kommission entwickelte Karte gibt KMU einen Überblick über für sie relevanten Technologiezentren und Infrastrukturen. Das erleichtert den KMU, die nicht über große Entwicklungsabteilungen verfügen, den Zugang zum europaweiten Wissen, zu Dienstleistungen und zu den Schlüsseltechnologien. So können sie herausfinden, ob und wo es einen für sie relevanten Anbieter in folgenden Bereichen gibt: Nanotechnologie, Nano- und Mikroelektronik, Photonik, industrielle Biotechnologie, fortschrittliche Werkstoffe und Produktion.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1TwzV7I>
- Interaktive Karte <http://bit.ly/1Uk2hTw>

19. Mobilfunkstandard „5G“

In Europa soll ein schnellerer Mobilfunkstandard eingeführt werden. Im Jahr 2020 könnte dieser Standard für das mobile Internet mit der Bezeichnung "5G" marktreif sein. Die in der EU dafür erforderlichen Rechtsgrundlagen sollen bis 2018 geschaffen werden. Das erklärte EU-Kommissar Günther Oettinger am 19.2.2016 vor dem Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie in Berlin. "5G" soll auf den derzeit schnellsten Standard LTE folgen. Mit einem europaweiten installierten 5G-Standard könnten die heutigen Funklöcher an den Grenzen beim Wechsel von einem Netz in das andere der Vergangenheit angehören. Die von der Kommission, der Industrie, Telekommunikationsunternehmen Dienstleistern, KMU und Forschungseinrichtungen gegründete öffentlich-private Partnerschaft „PPP 5G“ hat dazu am 23.3.2016 in Barcelona ein Konzept „5G“ vorgelegt. Für die Entwicklung von "5G" stehen 700 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung. Die Industrie investiere den fünffachen Betrag in die Entwicklung des Systems. Vor dem Wirtschaftsausschuss wies Oettinger in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Europa bei der Digitalisierung der Wirtschaft im Vergleich zu den USA zurückliegt. In Europa (Zürich) stehe

heute nur noch einer der zehn größten Rechner der Welt. Es habe Zeiten gegeben, als acht der weltweit zehn größten Rechner in Europa gestanden hätten.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1Onib86>
- PPP 5G <http://bit.ly/1TGDVno>
- Konzept (Englisch, 9 Seiten) <http://bit.ly/1UmAbXL>

20. Medizinisches Korps

Ein Medizinisches Korps soll eine schnelle und effizientere Reaktion der EU auf Gesundheitskrisen gewährleisten. Das am 15.2.2016 ins Leben gerufenen Korps soll im Frühstadium von Nottfällen in Katastrophenregionen innerhalb und außerhalb der EU eingesetzt werden. Dafür hat die „Weißhelm-Initiative“ von Frankreich und Deutschland während der Ebola-Krise 2014 Vorbildfunktion. Die Teams setzen sich aus medizinischen Fachkräften und Gesundheitspersonal zusammen und verfügen über die notwendige Ausrüstung, u. a. Ärzte, mobile Bio-Labors, Flugzeuge für die medizinische Evakuierung und logistische Unterstützungsteams. Das Medizinische Korps ist Teil der im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens neu geschaffenen Europäischen Notfallbewältigungskapazität („Freiwilliger Pool“). Bislang haben Belgien, die Tschechische Republik, Finnland, Frankreich, Deutschland, Luxemburg, Spanien, Schweden und die Niederlande zugesagt, Teams und Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.

Die Teams werden auf nationaler oder regionaler Ebene von öffentlichen Behörden oder anderen Organisationen aufgebaut, durchlaufen ein Zertifizierungsverfahren und werden für die Arbeit im Rahmen internationaler Maßnahmen zur Notfallbewältigung geschult. Nach der erfolgreichen Zertifizierung werden die Teams ein Teil des Europäischen Medizinischen Korps und stehen damit für den Einsatz im Rahmen von EU-Maßnahmen zur Notfallbewältigung zur Verfügung. Deren Einsatz wird über das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen gesteuert. Die Korps erhalten bei einem Einsatz Finanzhilfen bis zu 85 % der anfallenden Transportkosten.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1mD2FyN>
- Faktenblatt <http://bit.ly/1ojbcZp>
- Koordinationszentrum <http://bit.ly/1p7CRwB>
- Website (Englisch) <http://bit.ly/1R44BLt>

21. Fahrgastrechte

Termin: 5.5.2016

Die Qualität und Effizienz von Bahndienstleistungen soll weiter verbessert werden. Diesem Ziel dient ein Konsultationsverfahren der Kommission. Interessenten, u.a. Bürger und Kommunen, sind aufgefordert, bis zum 5.Mai 2016 Vorschläge zur Stärkung von Fahrgastrechten im Eisenbahnverkehr zu machen bzw. praktische Probleme aufzuzeigen. Einen Überblick über die aufgrund von europäischen Vorschriften bestehenden Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr hat das Bundesverkehrsministerium auf seiner Homepage veröffentlicht.

- Fragebogen (Englisch) <http://bit.ly/1S4DFyb>
- Bundesverkehrsminister <http://bit.ly/1QCTshR>

22. Tierschutzplattform

Der Dialog im Tierschutz soll auf europäischer Ebene durch eine Informationsplattform gestärkt werden. Ein entsprechendes Konzept haben Deutschland, Schweden, Dänemark und die Niederlande ausgearbeitet. Die gemeinsame europäische Tierschutzplattform soll der Kommission, den Mitgliedstaaten, Tierschutzorganisationen, Landwirtschaftsorganisationen, Tiergesundheitsverbänden und Verbrauchern als gemeinsames Forum zur Erörterung von Tierschutzfragen dienen. Über die Plattform sollen aber auch der Informationsaustausch hinsichtlich der Kontrolle und Durchsetzung der geltenden EU-Rechtsvorschriften verbessert und eine einheitlichere und transparentere Umsetzung in der Praxis erreicht werden. Das Konzept hat am 15.2.2016 im Rat der Agrarminister Zustimmung gefunden.

- Positionspapier <http://bit.ly/1Vu0b1R>
- Agrarminister <http://bit.ly/1Qhnrvl>

23. Illegaler Heimtierhandel

Das Parlament fordert Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Heimtieren. Die Kommission wird in einer Entschließung vom 25.2.2016 aufgefordert, sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten kompatible Datenbanken für die Registrierung von Hunden und Katzen haben. Auch soll die Einrichtung von Datenbanken für andere Haustiere geprüft werden, einschließlich als Heimtiere gehaltene Wildtiere. Mit der Registrierung von Hunden und Katzen und einem EU-weiten Datenaustausch werden die Möglichkeiten verringert, mit falschen Dokumenten illegalen Handel zu betreiben.

Die Rechtsgrundlage für eine EU weite Registrierungspflicht und Schaffung kompatibler nationaler Datenbanken enthält der Entwurf einer Verordnung zur Tiergesundheit,. Dieser Entwurf, auf den sich Parlament und Rat bereits im Juni 2015 geeinigt haben, wird voraussichtlich auf der Plenarsitzung im März verabschiedet. Damit wird die Kommission ermächtigt, den Mitgliedstaaten die Einrichtung nationaler Datenbanken zur Registrierung von Haustieren vorzuschreiben, wenn dies zur Vorbeugung von Krankheiten und deren Verfolgung auf EU-Ebene als notwendig betrachtet wird. Die Verordnung sieht auch eine verpflichtende Registrierung für alle professionellen Tierhalter und -verkäufer vor.

In der EU wächst die Besorgnis über den steigenden illegalen Handel mit Heimtieren, die häufig schlecht aufgezogen, schlecht sozialisiert und einem erhöhten Krankheitsrisiko ausgesetzt sind. Der illegale Handel mit Haustieren wird zunehmend mit organisierter Kriminalität in Verbindung gebracht und ist nach Drogen und Waffen der gewinnträchtigste illegale Handel in der EU.

- Pressemitteilung 25.2.2016 <http://bit.ly/1mZUqNb>
- Verordnung zur Tiergesundheit <http://bit.ly/21jZcs0>

24. Arbeitskräftemobilität

Termin: 22.4.2016

Die Kommission hinterfragt das EURES Mobilitätsprogramm. Die Konsultation dient der Vorbereitung künftiger EU-Maßnahmen zur Mobilität junger Arbeitskräfte in der EU und soll dafür Erkenntnisse und Beiträge verschiedener Interessenträger sammeln, insbesondere von Begünstigten oder Umsetzern des Programms. Besonders interessiert ist die Kommission an Anregungen und Erfahrungen junger Menschen bis zum Alter von 35 Jahren. Der Fragebogen behandelt sowohl die Fragen aus der Ex-post-Evaluierung als auch mögliche künftige Szenarien für das Mobilitätsprogramm. Das Programm „Dein erster EURES-Arbeitsplatz“ bietet maßgeschneiderte Einstellungsverfahren, Abstimmungs- und Stellenvermittlungsdienste für junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren und für Arbeitgeber in Kombination mit finanzieller Unterstützung. Eine Teilnahme an der Konsultation ist bis zum 22. April 2016 möglich.

Die Kommission hatte im Jahresarbeitsprogramm für 2015 u.a. die gezielte Überprüfung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern und die Stärkung von EURES angekündigt. Ein erster Zwischenbericht über das Mobilitätsprogramm wurde am 24.9.2014 veröffentlicht. Eine umfassende Darstellung zur Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU wurde in einem Memo am 25.9.2014 veröffentlicht.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1SKl6j8>
- Fragebogen <http://bit.ly/1QSWsGY>
- Zwischenbericht 24.9.2014 <http://bit.ly/1Q2SSKJ>
- Memo vom 25.9.2014 <http://bit.ly/1KB3QKz>

25. EURES-Datenbank

Das Europäische Beschäftigungsnetz EURES soll um eine EU-weite Datenbank mit Stellengesuchen und Lebensläufen erweitert werden. Das hat das Parlament am 25.2.2016 beschlossen. Über das Online-Portal des Kooperationsnetzes sollen automatisch Lebensläufe mit passenden Jobangeboten abgeglichen werden. Es ist ebenfalls geplant, die Stellenangebote der Arbeitsämter in den Mitgliedstaaten in diese Datenbank aufzunehmen, sowie private Organisationen, sofern diese Unterstützungsleistungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber anbieten.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1WLR7pa>

26. Europäischer Rechnungshof 2016

Der EuRH hat das Arbeitsprogramm für 2016 veröffentlicht. Angekündigt werden 90 Jahresberichte, Sonderberichte, Stellungnahmen und andere Veröffentlichungen. Sonderberichte sind u.a. zu folgenden Bereichen vorgesehen:

- Biokraftstoffpolitik der EU - Prüfziel: Bewertung, ob die Kommission und die Mitgliedstaaten ein zuverlässiges System für die Bescheinigung eingerichtet haben, dass nur Biokraftstoffe auf dem EU-Markt in Verkehr gebracht werden, die den Nachhaltigkeitskriterien entsprechen.
- Natura 2000 – Prüfziel: Bewertung, ob die Umsetzung von Natura 2000 wirksam dazu beiträgt, den Verlust an biologischer Vielfalt in Europa zum Stillstand zu bringen.

- Programmplanung für die Entwicklung des ländlichen Raums - Prüfziel: Bewertung, ob die von der Kommission für den Planungszeitraum 2014-2020 genehmigten Programme die dafür festgelegten EU-Prioritäten angemessen berücksichtigen, und Prüfung, ob der Planungs- und Genehmigungsprozess zu Programmen geführt hat, die eine solide Grundlage für eine wirksame und wirtschaftliche Nutzung der EU-Mittel bilden.
 - Klimapolitische Ziele - Prüfziel: Bewertung, ob das Ziel, mindestens einen von fünf Euro aus dem EU-Haushalt für klimabezogene Aktionen auszugeben, wahrscheinlich erreicht wird und zu einem Mehrwert führt.
 - Unterstützung der Infrastruktur bei der Entwicklung des ländlichen Raums - Prüfziel: Bewertung, ob den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung (Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit) gefolgt wurde, und ob die Kommission und die Mitgliedstaaten mit den ländlichen Infrastrukturmaßnahmen, für deren Finanzierung sie sich entschieden haben, einen optimalen Mitteleinsatz erzielt haben.
- Arbeitsprogramm <http://bit.ly/1QAoUgF>

27. Steuerflucht

Das Parlament hat das umfangreiche Maßnahmenpaket der Kommission gegen aggressive Steuerplanung und Steuerflucht begrüßt. Es soll verhindert werden, dass Profite von einem Mutterkonzern in einem Land mit hohen Steuern zu einer Tochtergesellschaft in einem Niedrigsteuerland verlagert werden. Entsprechend der Empfehlung des Parlaments vom 25.11.2015 soll das im Kern dadurch geschehen, dass am Ort der Gewinnentstehung eine faire Besteuerung erfolgt. Die dafür erforderlichen Kenntnisse sollen über einen automatischen Austausch von Steuerinformationen zwischen den Mitgliedstaaten ermittelt werden. Dafür müssen die Unternehmen den Steuerbehörden Berichte vorlegen mit ihren Finanzdaten, nach Ländern aufgeschlüsselten Gewinnen, entrichtete Steuern und erhaltenen Subventionen. Diese Berichte sollen vom Hauptsitzstaat an die Steuerbehörden der anderen Staaten weitergeleitet werden und helfen, Steuervermeidungsstrategien besser zu erkennen und Steuerprüfungen gezielter durchzuführen. Die Berichte sollen jährlich von den Unternehmen vorgelegt werden, erstmals für das Jahr 2017.

Nach Angaben des Wissenschaftlichen Dienstes des Parlaments kostet die Steuerflucht durch große, multinational tätige Unternehmen die EU jährlich zwischen 50 und 70 Milliarden Euro. Die für das vorgelegte Maßnahmenpaket erforderliche Einigung über die Richtlinie zum Informationsaustausch über die Aktivitäten multinationaler Unternehmen in den einzelnen Ländern soll noch im März 2016 und die Richtlinie zur Bekämpfung der wichtigsten Umgehungsstrategien noch 2016 vorgelegt werden. Beide Richtlinien erfordern Einstimmigkeit im Rat.

Ein Faktenblatt der Kommission vom 28.1.2016 informiert umfassend über die Einzelheiten des Maßnahmenpakets.

- Pressemitteilung 28.1.2016 <http://bit.ly/1QLgkM8>
- Maßnahmenpaket Januar 2016 <http://bit.ly/1SU3Atf>
- Faktenblatt <http://bit.ly/1SU3DoS>
- Plenum vom 2.2.2016 <http://bit.ly/1QnOe9f>
- Plenum 25.11.2015 <http://bit.ly/1Q39wND>

28. Vergabeleitfaden

Es gibt einen Leitfaden für Vergaben im Rahmen des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Dabei geht es um aus EU-Mitteln finanzierte Aufträge für die Beschaffung von Bauleistungen, Lieferungen und Dienstleistungen gemäß Richtlinie 2004/18/EG1. Mit Hilfe des Leitfadens kann ein Beschaffungsreferent das Verfahren, einschließlich der wichtigen Planungsphase, Schritt für Schritt durchlaufen. Am Ende der einzelnen Abschnitte werden in einer Liste Beispiele für typische Fehler genannt. Der Leitfaden enthält außerdem einige bewährte Verfahren, Praxisbeispiele, Erläuterungen zu bestimmten Themen sowie Fallstudien und Muster.

- Leitfaden <http://bit.ly/1imJreF>

29. RegioStars 2016

Termin: 15.4.2016

Der Wettbewerb RegioStars 2016 ist eröffnet worden. Die RegioStars haben das Ziel, bewährte Praktiken in der regionalen Entwicklung zu finden und originelle und innovative Projekte oder Förderprogramme hervorzuheben. Teilnahmeberechtigt sind u.a. Projekte oder Förderprogramme, die vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Kohäsionsfonds und dem Europäischen Sozialfonds kofinanziert worden sind. Die fünf Preiskategorien sind:

1. Intelligentes Wachstum: Neue Chancen in der globalen Wirtschaft
 2. Nachhaltiges Wachstum: Kreislaufwirtschaft
 3. Integratives Wachstum: Integriertes Leben – Aufbau von integrativen, in sich verbundenen Gemeinden
 4. CityStar: Innovative Lösungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung
 5. Effektive Verwaltung: Durch neue Verwaltungsverfahren Veränderungen bewirken
- Jeder Mitgliedstaat oder die höchste zuständige Verwaltungsbehörde für nationale oder regionale Programme kann – für den Zeitraum von 2007-2013 oder 2014-2020 - einen Beitrag pro Kategorie und Region einreichen. Bewerbungen nur direkt über das Online-Formular auf der RegioStars-Plattform bis zum 15.4. 2016. . Die diesjährige Preisverleihung findet am 11. Oktober 2016 während der Open Days 2016 (siehe nachfolgend eukn Nr.30) statt.

- Pressemitteilung <http://bit.ly/1KTNOeQ>
- Wettbewerb <http://bit.ly/1EjBhuu>
- Leitfaden für Antragsteller <http://bit.ly/1SlbafE>
- Bewerbungsformular <http://bit.ly/240xC1G>

30. Open Days 2016 - Neue Firmierung

Termin: 1.4.2016

Die „Open Days“ firmieren in diesem Jahr erstmals unter „Europäische Woche der Städte und Regionen“. Die Veranstaltung findet vom 10. bis 13. Oktober in Brüssel statt. Um die Teilnahme können sich Regionen und Städte unter der Überschrift „Regions and cities for sustainable and inclusive growth“ bis zum 1. April um bewerben.

- Europäische Woche (Englisch) <http://bit.ly/1QAurtN>
- Merkblatt <http://bit.ly/1KHJlvY>

31. Urban Innovative Actions

Termin: 31.3.2016

Innovative und experimentelle Lösungen für städtische Probleme werden gefördert. Im Rahmen der Urban Innovative Actions (UIA) stehen im Förderzeitraum 2014- 2020 insgesamt 372 Mio. € zur Verfügung. Im ersten Aufruf (80 Mio. €) geht es um die Themen Integration von Migranten und Flüchtlingen, Energiewende, Arbeitsplätze in der lokalen Wirtschaft und Städtische Armut. Entscheidend für die Auswahlkriterien der Projekte sind Innovationsfähigkeit, Qualität, Kooperation mit anderen Akteuren, Messbarkeit des Erfolges sowie die Übertragbarkeit des Projektes auf andere städtische Regionen. Aufgefordert sind Städte mit mindestens 50.000 Einwohnern, wobei sich kleinere Gemeinden in einem entsprechend großen Verbund beteiligen können. Bewerbungsschluss ist der 31. März 2016.

- UIA (Englisch) <http://bit.ly/1QAurtN>
- Aufruf (Englisch) <http://bit.ly/1JTWFfg>

32. Frühjahrputz 2016

In der EU findet vom 6. bis 8. Mai 2016 eine Aufräumkampagne in Stadt und Natur statt. Unter dem Motto „Let’s Clean Up Europe“ soll mit dieser „Anti-Littering Kampagne“ für saubere Städte und Gemeinden, Wasserflächen, Ufer, Strände und Wälder geworben und damit ein Zeichen gegen die Vermüllung der Umwelt gesetzt werden. Zwar werden die meisten der aktiven Teilnehmer in Deutschland mit dem Begriff „Littering“ wenig anfangen können. Aber die jährlichen Aufräumarbeiten im Frühjahr an Straßen und Wegen in Stadt und Land haben in den Städten und Gemeinden eine Tradition. Die Kampagne verfolgt nun das Ziel, lokale Aufräuminitiativen zu vereinen, um europaweit die Bürgerinnen und Bürger für ihre Verantwortung für saubere Städte und Landstriche zu sensibilisieren. Schwerpunkt der Kampagne ist der 6. bis 8. Mai 2016. Aber auch für Aufräumarbeiten zwischen Februar und April 2016 kann das gemeinsame Motto genutzt werden und eine Anmeldung zur Kampagne unter www.letscleanupeurope.de erfolgen. Begleitet wird die Kampagne mit Informationsmaterial und durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ansprechpartnerin für Fragen und die Anmeldung: Miriam Danne, VKU, Invalidenstraße 91, 10115 Berlin.

- Informationen <http://bit.ly/1Q75vlf>

33. Unternehmensförderpreis 2016

Termin: 18.4.2016

Der Europäische Unternehmensförderpreis wird 2016 zum zehnten Mal vergeben. In folgenden Kategorien werden jeweils gesondert Auszeichnungen vergeben:

1. Förderung des Unternehmergeistes
2. Investitionen in Unternehmenskompetenzen
3. Verbesserung der Geschäftsumgebung(Wirtschaftsförderung)
4. Förderung der Internationalisierung der Wirtschaftstätigkeit
5. Förderung der Entwicklung von grünen Märkten und Ressourceneffizienz
6. Verantwortungsvolles und integrationsfreundliches Unternehmertum

Ergänzend wird ein großer Preis der Jury für den kreativsten und besonders inspirierenden Beitrag zur Förderung des Unternehmertums vergeben.

Der Wettbewerb richtet sich ausdrücklich auch an kleinere und mittlere Unternehmen sowie an Städte und Gemeinden, die mit ihrer Arbeit Unternehmensgründungen und das Unternehmertum auf lokaler und regionaler Ebene fördern. Teilnehmen können Projekte, die in einem nationalen Wettbewerb ermittelt und von den Staaten auf europäischer Ebene vorgeschlagen werden. Den nationalen Wettbewerb führt das Ra-

tionalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft e. V. (RKW Kompetenzzentrum) im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums durch. Das RKW Kompetenzzentrum ist Ansprechpartner für alle Fragen rund um den Wettbewerb. Wettbewerbsbeiträge können bis zum 18. April 2016 eingereicht werden

- Wettbewerb <http://bit.ly/1Eu2fBk>



34. Flüchtlinge und Asylsuchende - Onlinewegweiser

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat eine Sammlung von Online-Quellen kostenlos im Internet zur Verfügung gestellt. Damit möchte das Difu die Kommunen bei der Recherche rings um das Thema Flüchtlinge und Asylsuchende unterstützen. Dafür hat das Difu aus den verschiedenen Arbeitsbereichen folgende relevante Links in den Online-Wegweiser eingespeist: Finanzierung; Erstunterbringung und Wohnraumversorgung; Integrierte Quartiersentwicklung; Mobilität; Gesundheitsversorgung; Ausbildung und Arbeitsmarktintegration; Spracherwerb und Bildung; Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Bürgerschaftliches Engagement, Europäische Ebene, Informationen der Kommunen für Bürger, Informationen (der Kommunen) für Flüchtlinge.

- Onlinewegweiser <http://bit.ly/1oucq3K>

35. Solarien

Termin: 21.3.2016

Bis zum 31. März läuft ein Konsultationsverfahren zu den gesundheitlichen Risiken von (kosmetischen) Solarien. Das vom Wissenschaftliche Ausschuss "Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken" (SCENIHR) eingeleitete Verfahren zu den gesundheitlichen Risiken von ultravioletter (UV) Strahlung unter besonderer Berücksichtigung von Solarien läuft noch bis zum 21.03.2016. Alle interessierten Kreise sind aufgerufen, entsprechende Kommentare per Fragebogen online abzugeben. Hintergrund sind u.a. ein von der internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) veröffentlichtes Gutachten, das die Verwendung von UV-Bräunungsgeräten zur kosmetischen Bräunung als krebserregend einstuft. Auf der Grundlage der verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse kommt SCENIHR zu dem Ergebnis, dass UV-Strahlung hochgradig krebserregend ist, da sie diesen nicht nur verursacht, sondern auch fördert. Es gebe aussagekräftige Beweise, dass die UV-Belastung von Sonnenbänken u.a. Melanome, Plattenepithelkarzinome und, in geringerem Maße, auch Basalzellkarzinome verursacht. Die wenig positiven Effekte von UV-Bräunungsgeräten werden durch viele Nebenwirkungen überlagert, so hat zum Beispiel eine UV-Überbelastung eher eine negative Auswirkung auf den Vitamin-D-Blutserumspiegel. Nach dem Gutachten gibt es daher keine sichere Obergrenze für die UV-Bestrahlungsstärke von Sonnenbänken.

Schon im November 2008 hatte das Bundesamt für Strahlenschutz ein vernichtendes Urteil über Solarien gefällt und gefordert, dass die Solarien per Gesetz zur Einhaltung der Vorschriften gezwungen werden müssen. Anlass war das Ergebnis einer Überprüfung, wonach nur 4 von 100 zertifizierten Solarien die Kriterien des Bundesamtes umgesetzt hatten. Seit August 2009 gilt daher das „Gesetz zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen“ (NiSG) und seit 1. Januar 2012 ist die zugehörige "Verordnung zum Schutz vor schädlichen Wirkungen künstlicher ultravioletter Strahlung“ (UV-Schutz-Verordnung) in Kraft

- Konsultation (Englisch) <http://bit.ly/1PM3Pnf>
- Bundesamt für Strahlenschutz <http://bit.ly/212TNQv>
- UV-Schutz-Verordnung <http://bit.ly/1WRvns6>

36. Flüchtlingskrise Nachrichtenübersicht (Stand 26.2.2016)

Bundesrat Grünes Licht für Asylpaket II 26.2.2016

<http://www.bundesrat.de/DE/plenum/plenum-kompakt/16/942/942-pk.html#top-30>

EU-Kommission sucht Ideen zur Unterstützung von Flüchtlingen und Migranten 26.2.2016

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/14047_de.htm

Flüchtlinge und Asylsuchende; Online-Wegweiser des Difu für Kommunen 26.2.2016

<http://www.difu.de/online-wegweiser-fluechtlinge/online-wegweiser-fluechtlinge.html>

Verbleib von rund 13 Prozent der Flüchtlinge in Deutschland unbekannt 26.2.2016

<http://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/verbleib-von-rund-13-prozent-der-fluechtlinge-in-deutschland-unbekannt/>

Wende in der Flüchtlingspolitik rückt näher 25.2.2016

<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-wende-in-der-fluechtlingspolitik-rueckt-naeher-1.2879834>

Bundesregierung zahlt Prämie an afghanische Heimkehrer 25.2.2016

<http://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/fluechtlinge-bundesregierung-zahlt-praemie-an-afghanische-heimkehrer/>

Mehr Straftaten in Flüchtlingsheimen 25.02.2016

<https://www.bundestag.de/presse/hib/201602/-/410124>

Österreich und Balkanländer wollen Flüchtlingsstrom massiv reduzieren 24.2.2016

<http://www.salzburg24.at/oesterreich-und-balkanlaender-wollen-fluechtlingsstrom-massiv-reduzieren/4634012>

Wiener Balkan-Gipfel spaltet Europa 24. Februar 2016

<http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-fluechtlingspolitik-wiener-balkan-gipfel-spaltet-europa-1.2878124>

NRW und Bayern fordern mehr Geld für Flüchtlinge 24.2.2016

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article152538906/NRW-und-Bayern-fordern-mehr-Geld-fuer-Fluechtlinge.html>

Kommunale Spitzenverbände begrüßen Verschärfung des Asylrechts 22.2.2016

<http://www.mz-web.de/politik/innenausschuss-beraet-ueber-asylpaket-ii-kommunale-spitzenverbaende-begruessen-verschaerfung-des-asylrechts.20642162.33834422.html>

Führende CDU-Politiker pochen auf Tageskontingente für Flüchtlinge 22.2.2016

<http://www.euractiv.de/section/all/news/fuehrende-cdu-politiker-pochen-auf-tageskontingente-fuer-fluechtlinge/>

Wohnortzuweisung: Kommunen begrüßen de Maizières Vorschlag 21.2.2016

<http://www.wirtschaft.com/wohnoortzuweisung-kommunen-begruessen-de-maizieres-vorschlag/>

Scheitert Merkels Strategie an der Türkei? 20.2.2016

<http://www.bild.de/bild-plus/politik/ausland/angela-merkel/trifft-sich-mit-tuerkischen-regierungsbeamten-44616650,var=a.view=conversionToLogin.bild.html>

Streit über Flüchtlingspolitik: Europa droht in zwei Lager zu zerfallen 19.2.2016

http://www.focus.de/politik/ausland/eu-gipfel-streit-ueber-fluechtlingspolitik-europa-droht-in-zwei-lager-zu-zerfallen_id_5298319.html

EU nennt Flüchtlings-Obergrenze illegal 19.2.2016

<http://www.onleihe.de/static/content/sz/20160219/SZ20160219/vSZ20160219.pdf>

Polen: Wir können nicht mit Menschen aus dem Nahen Osten zusammenleben 19. Feb 2016

<http://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/polen-wir-koennen-nicht-mit-menschen-aus-dem-nahen-osten-zusammenleben/>

Folgen für Arbeitsmarkt und Staatsfinanzen 19.2.2016

<http://www.iwkoeln.de/infodienste/iw-kurzberichte/beitrag/fluechtlinge-folgen-fuer-arbeitsmarkt-und-staatsfinanzen-263939>

- Merkel: Flüchtlingsumverteilung vorerst vom Tisch** 17. Feb 2016
EU-Kommission plant Vorschlag für neues Dublin-System bis Ende April
 17. Feb 2016)
<http://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/asyl-eu-kommission-plant-vorschlag-fuer-neues-dublin-system-bis-ende-april/>
- Österreich setzt tägliche Obergrenze für Flüchtlinge** 17.2.2016
<http://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/oesterreich-setzt-taegliche-obergrenze-fuer-fluechtlinge/>
- Ausweisung straffälliger Ausländer** Gesetzentwurf vom 16.2.2016
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/075/1807537.pdf>
- Kinder in der Migration** herausgegeben: „Compilation of data, situation and media reports“. 16.2.2016
http://ec.europa.eu/justice/fundamental-rights/files/rights_child/data_children_in_migration.pdf
- Einführung beschleunigter Asylverfahren** Gesetzentwurf vom 16.2.2016
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/075/1807538.pdf>
- EU-Soforthilfe zur Aufnahme von Flüchtlingen in Griechenland** 15.2.2016
http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/14010_de.htm
- EU-Kommission genehmigt Unterstützung für ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien** 15.2.2016
- Zusammenarbeit mit der Türkei und NATO-Einsatz** 12. 2.2016
http://www.nato.int/cps/en/natohq/news_127981.htm
- Griechenland prüft Einstufung der Türkei als sicherer Drittstaat** 11.2.2016
<http://www.welt.de/newsticker/news1/article152146945/Griechenland-prueft-Einstufung-der-Tuerkei-als-sicherer-Drittstaat.html>
- Die Angst des "Christlichen Abendlandes" vor der Islamisierung** 11.2.2016
<http://www.euractiv.de/sections/eu-aussenpolitik/die-angst-des-christlichen-abendlandes-vor-der-islamisierung-321747>
- Nahles verlangt 450 Millionen Euro mehr für Integration** 11.2.2016
<http://www.euractiv.de/sections/eu-innenpolitik/fluechtlinge-nahles-verlangt-450-millionen-euro-mehr-fuer-integration>
- Flüchtlingskrise: Türkei und Griechenland stimmen Nato-Einsatz zu** 11.2.2016
<http://www.euractiv.de/sections/eu-aussenpolitik/fluechtlingskrise-tuerkei-und-griechenland-stimmen-nato-einsatz-zu-321775>
- Reul zu EU-Kommission und Registrierung/Umverteilung Flüchtlinge**
 10.02.2016
<http://www.cdu-csu-ep.de/presse/pressemitteilungen/10715-statement-reul-zu-eu-kommission-und-registrierung-umverteilung-fluechtlinge.html>
- BA-Vorstand: Arbeitsmarkt kann 350 000 Migranten jährlich verkraften** 8.2.2016
<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/zuwanderung-ba-vorstand-arbeitsmarkt-kann-migranten-jaehrlich-verkraften-1.2854182>
- Flüchtlinge: CDU fordert weitere Verschärfung des Asylrechts** 8.2.2016
<http://www.euractiv.de/sections/eu-innenpolitik/fluechtlinge-cdu-fordert-weitere-verschaerfung-des-asylrechts-321659>
- Syrien-Geberkonferenz: EU stellt 3 Milliarden Euro bereit** 05.02.2016
http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13983_de.htm
- Schengen-Evaluierung Griechenlands: Kommission nimmt Evaluierungsbericht an und spricht Empfehlungen zur Beseitigung der Mängel beim Außen-grenzenmanagement aus** 2.2.2016
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-211_de.htm?locale=en
- Flüchtlinge kosten Deutschland bis 2017 rund 50 Milliarden Euro** 1.2.2016
<https://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2016/sdn1602.pdf>
- Gemeinsamer Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefs der Länder zur Asyl- und Flüchtlingspolitik** 28. Januar 2016
<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/01/2015-01-26-pm-der-mp-der-laender.html>
http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/14011_de.htm
- Alle profitieren, wenn Europa zusammensteht** 20.01.2016

<http://www.cdu-csu-ep.de/presse/pressemitteilungen/10642-alle-profitieren-wenn-europa-zusammensteht.html>

Richtlinien zur Dokumentation und Evaluation von Programmen der unterstützten freiwilligen Ausreise Januar 2016

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/reports/docs/emn-studies/guidelines_for_monitoring_and_evaluation_final_jan2016.pdf